



Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft

Maria Theresienstraße 9/8b, 1090 Wien

t: 3173127, t: 3102238; swsrs@aon.at; www.sws-rundschau.at

PRESSEKONFERENZ VOM 12.09.2007

PRESSEUNTERLAGEN

AKTUELLE MEINUNGSBILDER IN ÖSTERREICH

- * *Parteienlandschaft in Bewegung – Stamm- und Wechselwähler*
- * *EU: Forderung nach mehr Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten*
- * *Kanzler Gusenbauers Rolle beim EU-Gipfeltreffen*
- * *Koalitionsstreitigkeiten: Was denken die ÖsterreicherInnen?*
- * *Aufgaben der Abfangjäger bei der Luftraumüberwachung*

Begrüßung: Dkfm. Dr. Heinz KIENZL (Obmann der SWS)

Referenten: Direktor Herbert SKARKE (Obmann-Stv. der SWS)
Mag. Marc BITTNER (Geschäftsführer der SWS)

Zeit: Mittwoch, 12. September 2007, 10.00 Uhr

Ort: *Café Griensteidl* (Karl Kraus-Saal), 1010 Wien, Michaelerplatz 2

Diese Presseunterlagen stehen ab dem 12.09.2007 unter
<http://www.sws-rundschau.at/html/downloads.php>
im pdf.-Format zum Download zur Verfügung

Ankündigungen aktueller SWS-Presskonferenzen finden Sie auch unter
<http://www.sws-rundschau.at/html/presskonferenz.php>

Hintergrund:

Die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft (SWS) führte – mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) - im Zeitraum Juli-August 2007 eine für Österreich repräsentative Face-to-Face-Umfrage zu mehreren Themenbereichen unter ca. 1.000 Befragten durch (SWS-FB 375). Die folgenden Ausführungen und Analysen beruhen auf diesem Datenmaterial.

Mag. Marc Bittner

Parteienlandschaft in Bewegung: Stamm- und Wechselwähler

Im Rahmen ihrer Face-to-Face-Befragungen stellt die SWS regelmäßig Fragen nach der „aktuellen“ sowie nach der „früheren“ Präferenz für eine politische Partei (nicht zu verwechseln mit der so genannten „Sonntagsfrage“). Durch die Analyse der Antworten auf diese beiden Fragen ergibt sich ein sehr guter Eindruck über die Stabilität der politischen „Lager“:

Die Behalterate ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei den SympathisantInnen der SPÖ und der ÖVP gleich hoch (vgl. Grafik 1): Jeweils 70% der Befragten, die früher mit der SPÖ bzw. der ÖVP sympathisierten, tun dies auch zum aktuellen Zeitpunkt. Bei den Grünen geben 61% früherer SympathisantInnen an, auch derzeit die Grünen zu bevorzugen. Lediglich etwas mehr ein Drittel beträgt die Behalterate bei der FPÖ.

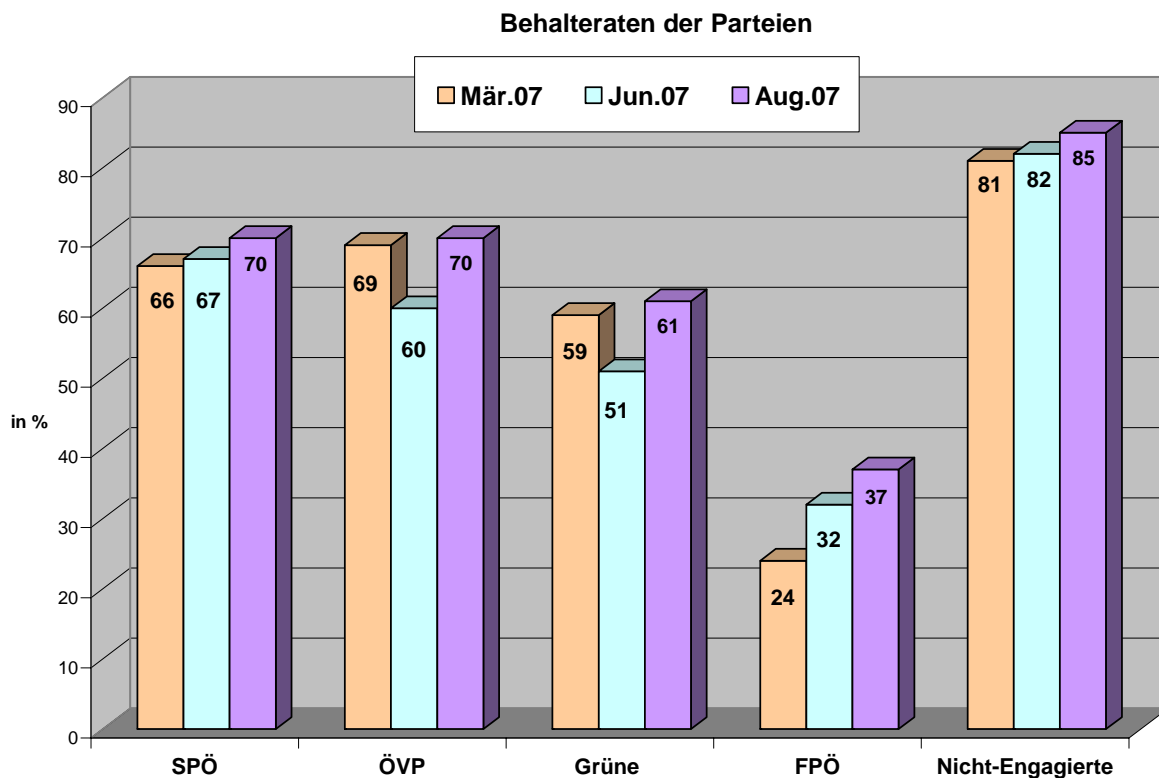
Berücksichtigt man Vergleichsdaten der beiden letzten SWS-Umfragen (Nr. 373 und Nr. 374) wird deutlich, dass die SPÖ einen Trend zu stärkerer Stabilisierung ihres Lagers aufweist, während bei der ÖVP – die prinzipiell ein sehr ähnliches Niveau in der Behalterate aufweist – doch ein Wellental ca. zur Hälfte des ersten Jahres der Regierungskoalition festzustellen ist. Insgesamt lässt sich somit feststellen, dass sich das Lager der SPÖ mit Fortdauer der Regierungsbeteiligung konsolidiert hat und an Stabilität gewinnt; bei der ÖVP scheint eine erste Krise wieder überwunden zu sein.

Ein ganz ähnliches Muster wie bei der ÖVP zeigt sich bei den Grünen – nach einem Durchhänger scheint sich das grüne Lager wieder zu stabilisieren.

Die FPÖ weist zwar einen aufsteigenden Trend auf, allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau (=geringe Stammwählerschaft), wobei anzumerken ist, dass die Vorwürde gegen HC Strache wegen seiner früheren Kontakte zur Neo-Nazi-Szene zum Erhebungszeitpunkt medial noch nicht so sehr im Mittelpunkt standen. Die kommenden Erhebungen der SWS werden den Effekt der Diskussion um HC Strache auf das freiheitliche Lager zu Tage fördern.

Das Lager der Nicht-Engagierten hat im Verlauf des letzten halben Jahres an Stabilität gewonnen – insgesamt zeigen sich die „NichtwählerInnen“ somit als sehr gefestigte Gruppe, die immer schwerer von den Parteien als AnhängerInnen gewonnen werden kann.

Grafik 1:



Quellen: SWS-FB 373, SWS-FB 374, SWS-FB 375

Betrachtet man die wesentlichsten Abwanderungstendenzen ehemaliger ParteisympathisantInnen, wird deutlich, dass bei der SPÖ beinahe nur die Abwanderung zu den „Nicht-Engagierten“ von Belang ist (19%) - vice versa konnte aber wiederum die SPÖ im Vergleich mit den anderen Parteien am meisten aus dem Potenzial der „NichtwählerInnen“ schöpfen, nämlich 7% (vgl. Tabelle 1).

Von den ehemaligen ÖVP-AnhängerInnen finden sich nunmehr 12% im Lager der „NichtwählerInnen“, immerhin 8% geben nunmehr eine Präferenz für die SPÖ an.

Ganz ähnlich ist das Bild bei den Grünen: 10% ehemalige „Grüne“ zeigen sich aktuell politisch „nicht engagiert“, 15% sind zur SPÖ gewechselt.

Bei der FPÖ sind sogar 22% zu den „Nicht-Engagierten“ gewechselt, 18% ihrer StammwählerInnen hat die FPÖ an die SPÖ verloren, 10% an die ÖVP.

Tabelle 1:

Behalteraten der Parteien bzw. Lagerwechsel (in %)					
	aktuell SPÖ	aktuell ÖVP	aktuell Grüne	aktuell FPÖ	Aktuell nicht- engagiert
Früher SPÖ	70	1	3	2	19
Früher ÖVP	8	70	3	1	12
Früher Grüne	15	3	61	4	10
Früher FPÖ	18	10	0	37	22
Früher nicht- engagiert	7	0	2	2	85

Quelle: SWS-FB 375 (fehlende Werte auf 100% = andere Parteien bzw. Keine Angabe)

EU: Forderung nach mehr Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten

Mithilfe folgender Frage sollte die Meinung der ÖsterreicherInnen zur Bedeutung einer stärkeren Kooperation der EU-Mitgliedstaaten erhoben werden: „Wie wichtig wäre es Ihrer Meinung nach, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in den folgenden Bereichen zielstrebigere zusammenarbeiten?“

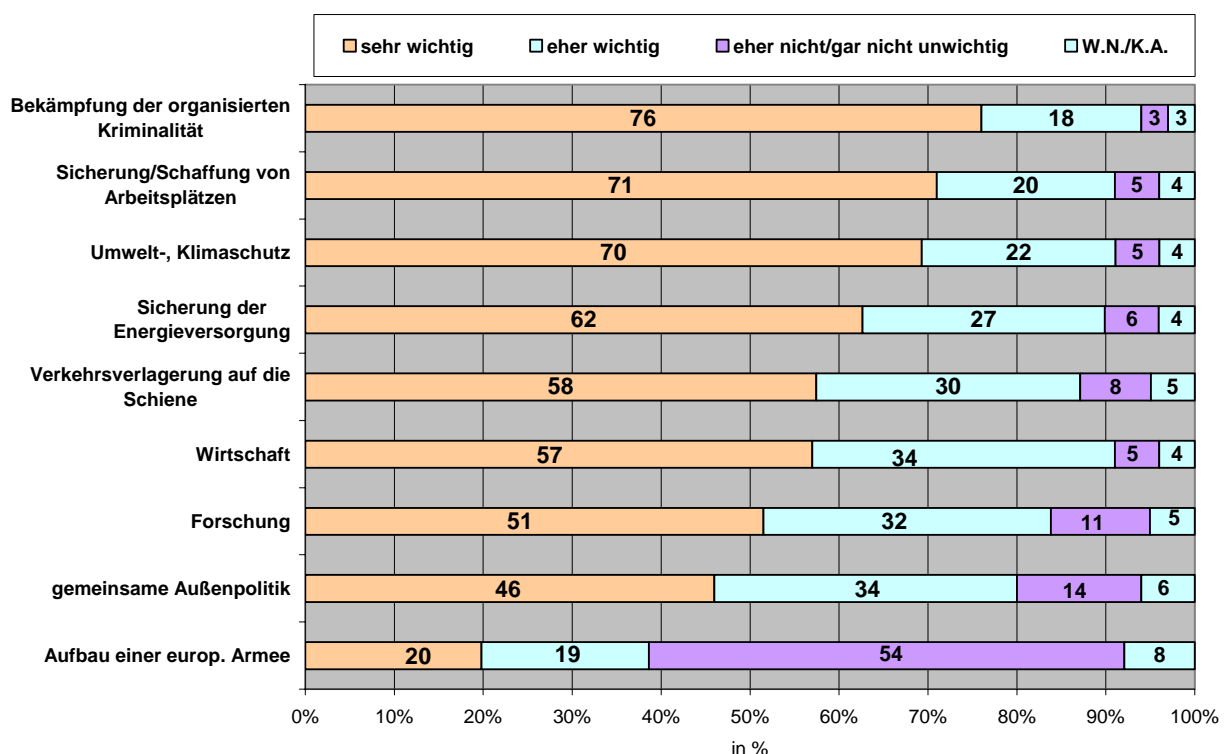
Wie aus Grafik 2 ersichtlich werden beinahe alle abgefragten Zusammenarbeitsbereiche von mehr als 80% der ÖsterreicherInnen als zumindest „wichtig“ erachtet, allerdings stehen konkrete Zusammenarbeitsbereiche, die auch als individuell relevanter einzustufen sind, in der Rangreihe an vorderster Stelle: Die Top-Position nimmt die „Bekämpfung der organisierten Kriminalität“ ein; auch die Bereiche „Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen“ sowie „Umwelt- und Klimaschutz“ werden von über 70% der ÖsterreicherInnen als solche erachtet, in denen eine zielstrebigere Zusammenarbeit „sehr wichtig“ wäre.

Im Mittelfeld der Rangreihe stehen die „Energieversorgung“, die „Verkehrsverlagerung auf die Schiene“, die „Wirtschaft“ und die „Forschung“.

Etwas weniger als die Hälfte aller Befragten nennt die „gemeinsame Außenpolitik“ als „sehr wichtigen Bereich“, den „Aufbau einer europäischen Armee“ nennen gar nur 20% „sehr wichtig“ – eine zielstrebigere Zusammenarbeit in diesem Bereich wird sogar von einer Mehrheit der ÖsterreicherInnen als eher unwichtig bezeichnet.

Grafik 2:

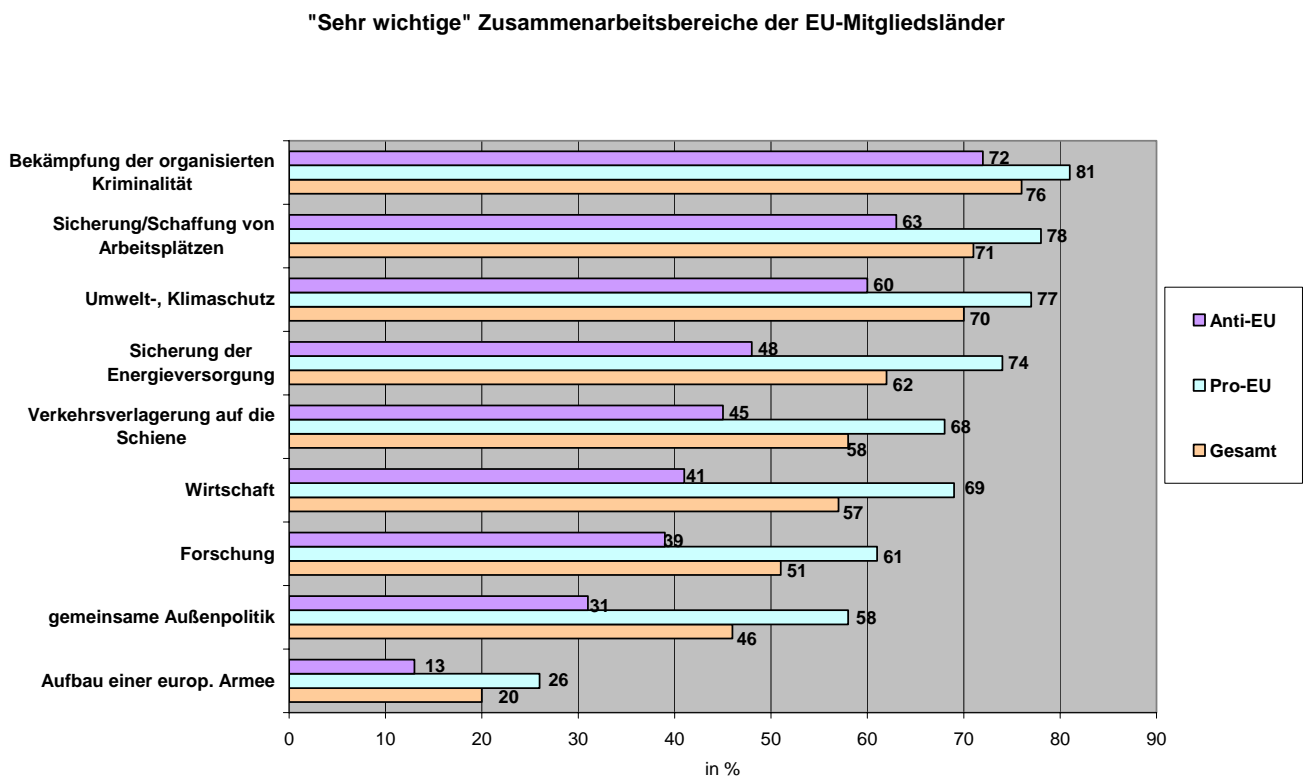
Zielstrebigere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in folgenden Bereich wäre....



Quelle: SWS-FB 375

Stellt man prinzipielle EU-Befürworter sowie prinzipielle EU-Skeptiker gegenüber wird deutlich, dass EU-Befürworter zu überdurchschnittlichen Anteilen eine zielstrebigere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten als „sehr wichtig“ bezeichnen, während die EU-Skeptiker zu deutlich unterdurchschnittlichen Anteilen vertreten sind (vgl. Grafik 3). Interessant ist aber, dass bezüglich der Bereiche, die eine stärkere persönliche Betroffenheit implizieren, der Unterschied im Antwortverhalten zwischen EU-Befürwortern und EU-Skeptikern deutlich geringer ausfällt: Am stärksten ist dies beim Bereich der „Bekämpfung der organisierten Kriminalität“ zu bemerken, während EU-Kernbereiche wie die „Wirtschaft“ und die „gemeinsame Außenpolitik“ EU-Befürworter und EU-Skeptiker am meisten spalten (wie aus Grafik 3 sowie Tabelle 2 ersichtlich ist).

Grafik 3:



Quelle: SWS-FB 375

Tabelle 2:

<i>„Sehr wichtig“</i>	Differenz Pro-EU – Anti-EU (in %)
Wirtschaft	+28
gemeinsame Außenpolitik	+27
Sicherung der Energieversorgung Europas	+26
Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee	+23
Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene	+23
Forschung	+22
Umwelt- und Klimaschutz	+17
Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen	+15
Bekämpfung der organisierten Kriminalität	+9

Quelle: SWS-FB 375

Kanzler Gusenbauers Rolle beim EU-Gipfeltreffen

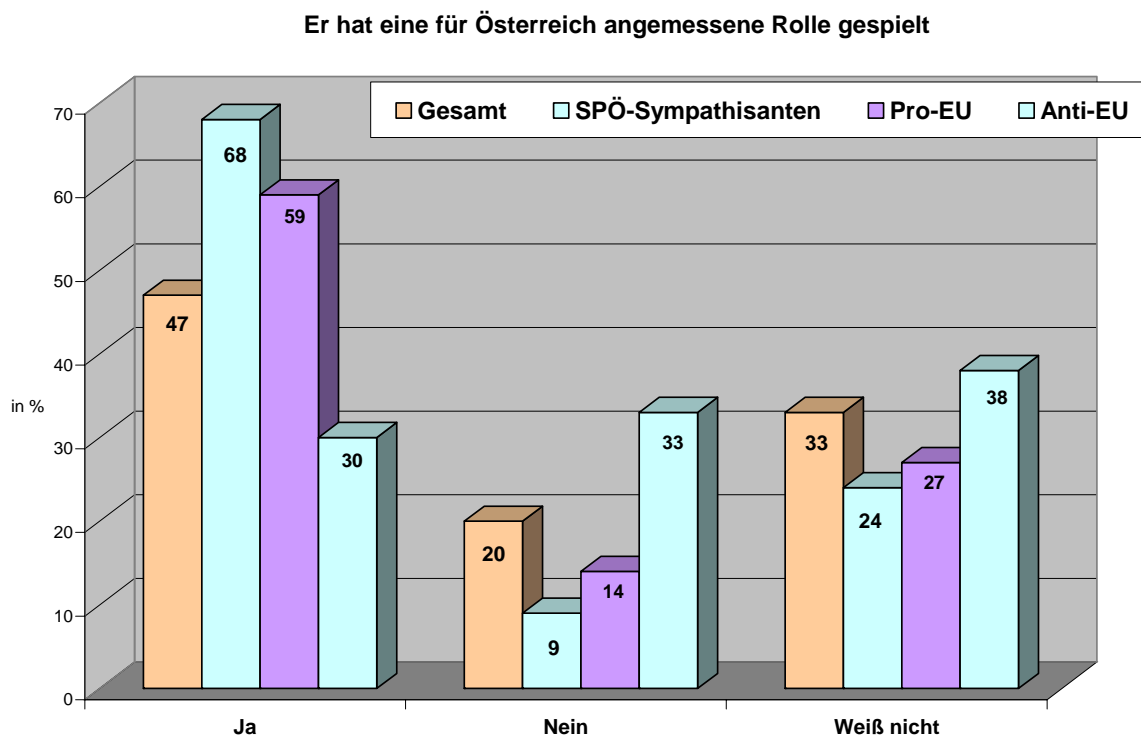
Die europapolitische Rolle von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer war Gegenstand einer Frage im Rahmen des SWS-FBs 375: „Welche Rolle hat Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer beim letzten EU-Gipfeltreffen gespielt?“

Knapp die Hälfte der ÖsterreicherInnen meint, dass Bundeskanzler Gusenbauer „eine für Österreich angemessene Rolle“ gespielt hat – deutlich überdurchschnittliche Nennungsanteile sind in der Gruppe der SPÖ-SympathisantInnen sowie der EU-Befürwortern zu bemerken (Grafik 4).

Diese „angemessene Rolle“ wird Dr. Gusenbauer vor allem von den EU-Skeptikern abgesprochen.

Insgesamt wird aufgrund des hohen Anteils an Befragten, die keine Antwort geben konnten, deutlich, dass der EU-Gipfel nicht unbedingt im Zentrum des politischen Interesses der ÖsterreicherInnen stand.

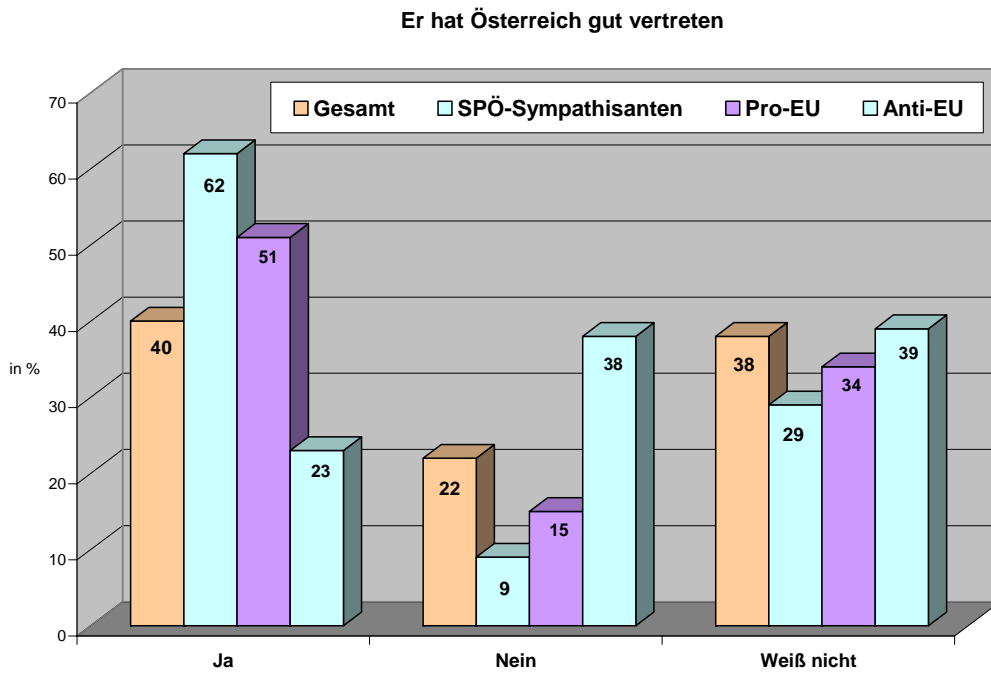
Grafik 4:



Quelle: SWS-FB 375

Eine „gute Vertretung Österreichs“ messen Bundeskanzler Gusenbauer 40% der ÖsterreicherInnen bei – prinzipiell folgt das Verteilungsmuster der Antworten jenem der vorangegangenen Frage (Grafik 5).

Grafik 5:

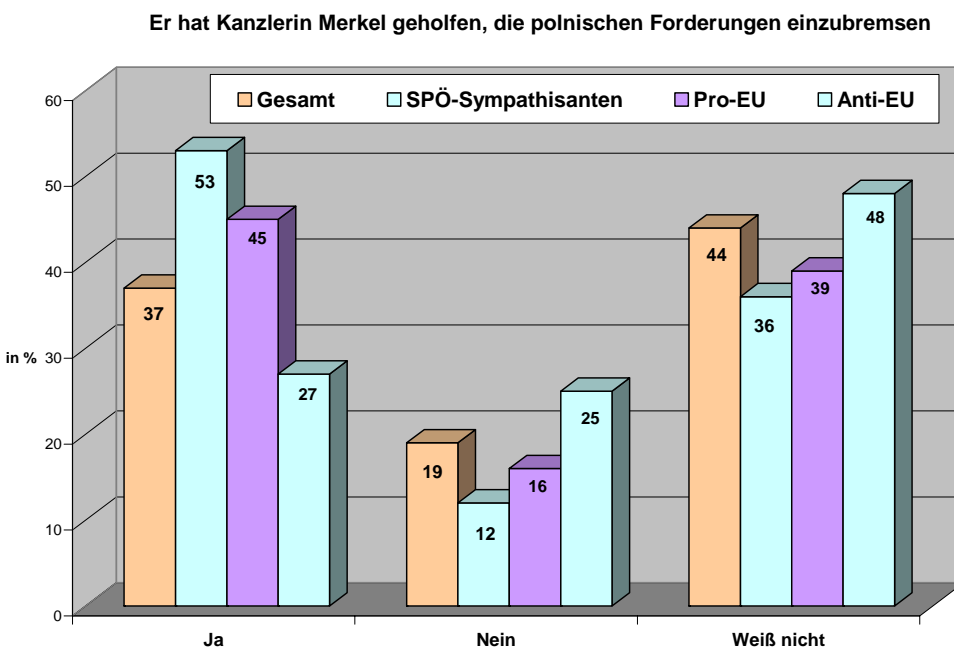


Quelle: SWS-FB 375

Hinsichtlich des letzten Aspektes der Rolle Bundeskanzler Gusenbauers beim letzten EU-Gipfel zeigt der hohe Anteil an Befragten, die „Weiß nicht“ antworteten, einmal mehr, dass das Detailwissen zu EU-politischen Vorgängen in Österreich relativ schwach ausgeprägt ist (sogar mehr als ein Drittel der EU-Befürworter zeigen sich hier indifferent).

37% der Befragten meinen, dass Dr. Gusenbauer die deutsche Kanzlerin Merkel in ihren Bemühungen, die polnischen Forderungen im Rahmen des EU-Gipfels einzubremsen, aktiv zur Seite gestanden ist, 19% verneinen dies (Grafik 6).

Grafik 6:



Quelle: SWS-FB 375

Koalitionsstreitigkeiten: Was denken die ÖsterreicherInnen?

Die letzten Monate der Regierungskoalition waren von einer Reihe kleinerer und größerer Konflikte zwischen SPÖ und ÖVP gekennzeichnet. Daher wollte die SWS ergründen, wie die ÖsterreicherInnen diese Auseinandersetzungen beurteilen. Die zugrunde liegende Frage lautete: *„Wie beurteilen Sie den Streit von ÖVP und SPÖ in der Regierung? Geben Sie bei jeder der folgenden Aussagen an, ob Sie ihr zustimmen oder nicht?“*

Als „normal für eine lebendige Demokratie“ bezeichnen 54% der ÖsterreicherInnen die Koalitionsstreitigkeiten – SPÖ-AnhängerInnen tun dies sogar zu 64% (Grafik 7). Die Erfahrungen mit anderen Regierungskoalitionen tragen offensichtlich das ihrige zu dieser Einschätzung bei.

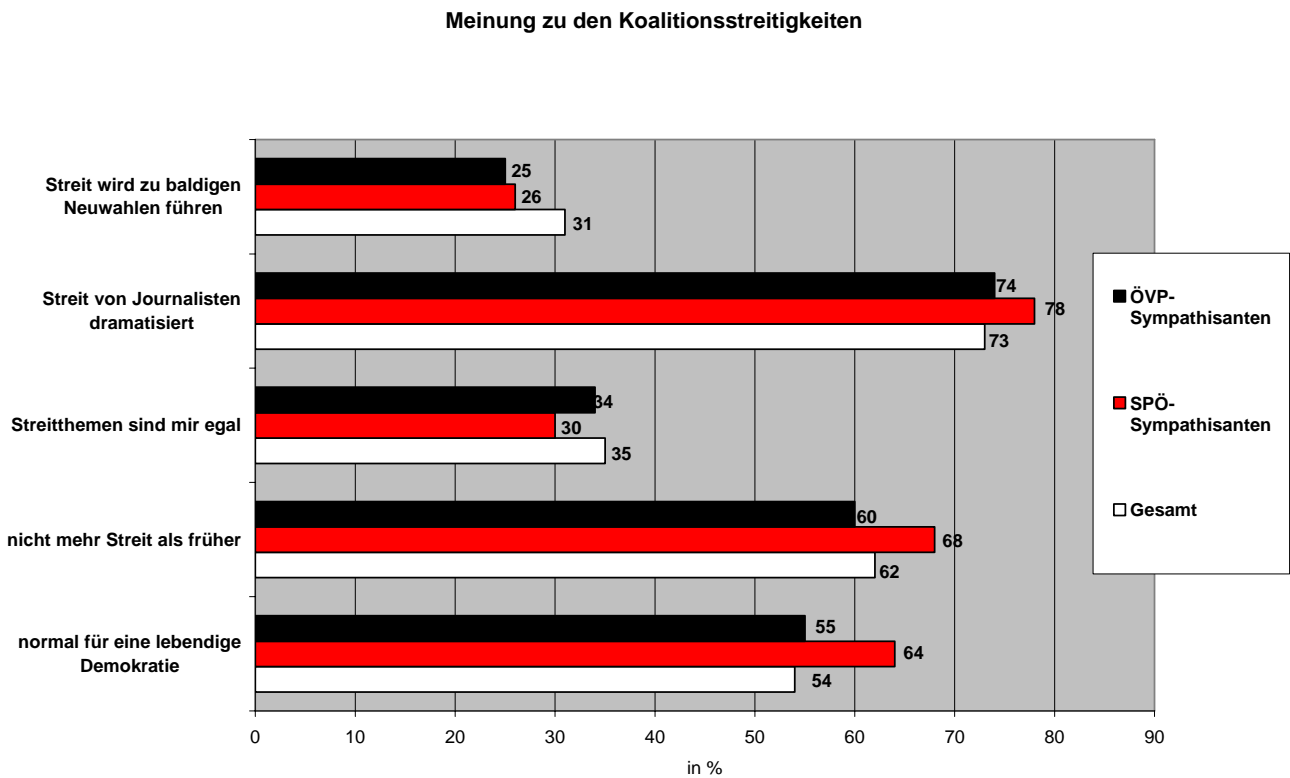
Ähnliche Anteile an Zustimmungen erhält die Aussage, dass es „nicht mehr Streit als früher gäbe“ – auch hier sind SPÖ-SympathisantInnen überdurchschnittlich vertreten.

Dementsprechend geht lediglich ein sehr geringer Anteil an Befragten davon aus, dass der Streit innerhalb der Koalition zu baldigen Neuwahlen führen wird; die AnhängerInnen der Regierungsparteien liegen diesbezüglich anteilmäßig auch unter dem Durchschnitt - nur im Lager der FPÖ dürfte bei einem entsprechenden Anteil von 56% wohl der Wunsch Vater des Gedankens sein.

Lediglich ca. ein Drittel der Befragten meint, dass ihnen die „Streitthemen egal“ sind; dies bedeutet, dass die Koalitionsstreitigkeiten sehr wohl von der Bevölkerung auch inhaltlich verfolgt werden und nicht ohne Bedeutung für jeden einzelnen sind.

Ca. drei Viertel der ÖsterreicherInnen meinen aber gleichzeitig, dass die Koalitionsstreitigkeiten „von den Journalisten dramatisiert“ werden: Die mediale politische Berichterstattung wird also durchaus kritisch gesehen – evtl. wirkt hier auch die stärkere Konzentration auf innenpolitischen Zank zwischen SPÖ und ÖVP in den Sommermonaten (Stichwort: mediales „Sommerloch“) eine gewisse Rolle.

Grafik 7:



Quelle: SWS-FB 375

Aufgaben der Abfangjäger bei der Luftraumüberwachung

Den Befragten der aktuellen SWS-Umfrage wurden drei mögliche Aufgaben der Abfangjäger bei der Luftraumüberwachung zur Beurteilung vorgegeben. Die Fragestellung lautete: *„Was sollte ein Abfangjäger – Ihrer Meinung nach – tun, wenn ein nicht identifiziertes Flugzeug in den österreichischen Luftraum eindringt?“*

Dabei zeigt sich, dass hinsichtlich des sehr realistischen Szenarios des „Warnens des Piloten per Funk“ fast alle Befragten zustimmten, und zwar relativ unabhängig von der Parteisympathie für einen der beiden Koalitionspartner, wobei SPÖ-AnhängerInnen diese Aussage doch etwas häufiger bejahten als ÖVP-AnhängerInnen (Grafik 8).

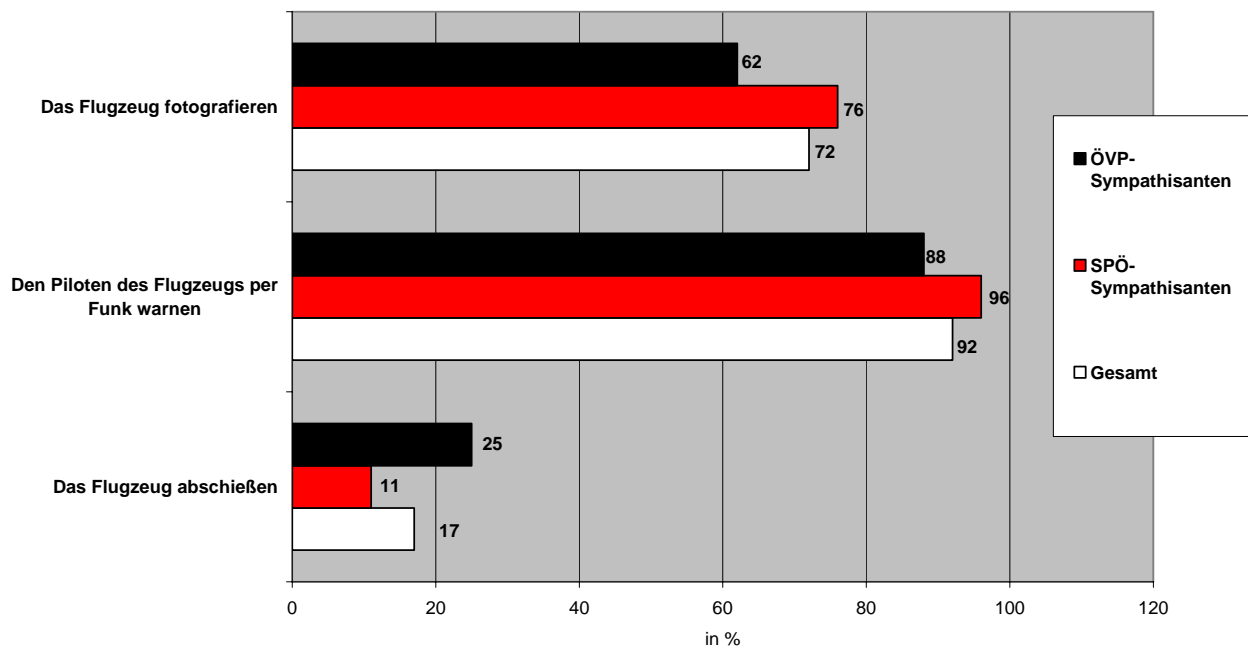
Eine Dokumentation eines nicht identifizierten Flugzeugs mittels „Fotografieren“ wird von ca. drei Viertel der SPÖ-AnhängerInnen als Aufgabe von Abfangjägern genannt, ÖVP-SympathisantInnen stimmen dagegen zu weniger als zwei Dritteln zu.

Die radikale Variante des Abschießens eines unbekanntes Flugzeugs durch einen Abfangjäger wird nur von einem kleinen Prozentsatz der ÖsterreicherInnen für gut geheißen – wobei hier auffällt, dass AnhängerInnen der ÖVP sich dies doch zu einem Viertel vorstellen können.

Insgesamt kann man feststellen, dass SPÖ-AnhängerInnen, deren Freude an der Anschaffung der Abfangjäger sich angesichts der Parteilinie wohl in Grenzen halten dürfte, die „weichen“ Aufgaben der Abfangjäger (warnen, fotografieren) durchaus anerkennen, während die AnhängerInnen der ÖVP, in deren Kompetenz die Anbahnung der Anschaffung der Abfangjäger fiel, deutlich stärker die militärisch „harte“ Aufgabe des Abschießens akzeptieren würden.

Grafik 8:

Aufgaben der Abfangjäger bei der Luftraumüberwachung



Quelle: SWS-FB 375